

## Ministerpräsident a. D. Graf Bienerth †.

Heute früh ist in seiner Wohnung in der Stabiongasse der vormalige Ministerpräsident und Statthalter von Niederösterreich Dr. Richard Graf Bienerth-Schmerling im 56. Lebensjahre gestorben. Er war ein Sohn des einstigen Kommandanten von Aralau F. Z. M. Karl Freiherrn v. Bienerth, der mit Violetta v. Schmerling, der Tochter des ehemaligen Staatsministers v. Schmerling, vermählt war, also ein Enkel Schmerlings.

Graf Richard Bienerth-Schmerling war am 2. März 1863 in Verona geboren. Nach vollendeten juristischen Studien trat er im Jahre 1884 bei der steiermärkischen Statthalterei in den Staatsdienst und wurde 1886 zur Dienstleistung in das Unterrichtsministerium berufen. Hier avancierte er 1891 zum Sektionsrat und im Jahre 1897 zum Hofrath. Mit der Leitung des Präsidialbureaus betraut, wurde Bienerth zum Vizepräsidenten des niederösterreichischen Landesauschusses ernannt. Im Jahre 1893 wurde ihm das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens, im Jahre 1898 das Ritterkreuz des Leopold-Ordens verliehen.

Als Baron Hartzel am 11. September 1905 vom Amte zurücktrat, wurde Graf Bienerth zum Sektionschef im Unterrichtsministerium ernannt, erhielt die Geheimrathswürde und wurde mit der Leitung des Unterrichtsministeriums betraut. Er verblieb auf diesem Posten auch, als Prinz Hohenlohe am 2. Mai 1906 nach Baron Gautschi an die Spitze des Kabinetts trat.

Am 2. Juni 1906 wurde Graf Bienerth im Kabinett Beck zum Minister des Innern ernannt. In dieser Eigenschaft fiel ihm die Aufgabe zu, neben dem Kabinettschef im Sommer und Herbst des Jahres 1906 die Wahlreformvorlagen im Reichsrath zu vertreten.

Während der Tagung der Delegationen im Juni 1906 fanden christlichsoziale Demonstrationen vor dem Bankgebäude in der Herrngasse statt, wo nach Ernennung des ungarischen Koalitionsministeriums die ungarische Delegation tagte und beschlossen hatte, an dem Sitzungsgebäude Fahnen in den ungarischen Farben zu hissen. Der Minister des Innern brachte wegen dieser Demonstrationen bei dem ungarischen Ministerpräsidenten die Entschuldigung der Regierung vor.

Nach dem Rücktritt des Koalitionsministeriums des Freiherrn v. Beck wurde Graf Bienerth mit der Kabinettsbildung betraut. Da seine Versuche, ein Koalitionskabinett zustande zu bringen, scheiterten, bildete Graf Bienerth ein Beamtenkabinett, in das Dr. Jaczel als tschechischer, Dr. Schreiner als deutscher Landsmannminister und Dr. v. Abrahamovicz als Minister für Galizien eintraten. Am 27. November legte Graf Bienerth dem Abgeordnetenhaus sein Programm vor. „Es ist die wichtigste Aufgabe des neuen Kabinetts,“ sagte er, „ein regierungsfähiges Gebilde zu schaffen, welches nicht nur eine äußerliche Kooperation, sondern eine reale Grundlage für ein dauerndes Zusammenwirken der Parteien darstellen soll.“ Der Ministerpräsident kündigte Entwürfe eines Sprachengesetzes sowie eines Gesetzes über Schaffung von Kreisregierungen in Böhmen an. Er appellierte auf das dringendste an das Parlament, die veröhnlichen Absichten, welche gerade in den letzten Beratungen zu Tage getreten sind, zu nützen und die äußere Lage zu beachten, die daran mahne, sich von den störenden Einflüssen der häuslichen Zwietracht zu befreien. Graf Bienerth hob die Notwendigkeit der Erledigung der Alters- und Invalidenversicherung, der Eisenbahnerstaatlösungsaktion und der Sanierung der Landesfinanzen hervor. „Die Regierung wird eine aufrichtige Politik treiben, eine Politik der allgemeinen Wohlfahrt und des inneren Friedens.“

Die Aufrichtigkeit war der Grundzug der Bienerthschen Politik. Der innere Friede ist auch unter seiner Regierung trotzdem nicht eingekehrt. In Prag erfolgten ungeachtet der ernstesten äußeren Lage fortgesetzte Ausschreitungen des Mobs und sogar Angriffe auf das Militär, die erst aufhörten, als am 1. Dezember über Prag und einige Gerichtsbezirke der Umgebung das Standrecht verhängt wurde. Im Abgeordnetenhaus rechtfertigte Graf Bienerth diese Maßregel unter stürmischen Zwischenrufen der tschechischen Radikalen, wobei er betonte, daß die Regierung nach gewissenhafter Prüfung der Sachlage erst dann zu diesem Abwehrmittel gegriffen habe, als der staatliche Notstand offenkundig geworden war und in der Bewegung sogar ausgesprochen staatsfeindliche Tendenzen schärfer zutage traten. In derselben Sitzung kündigte Graf Bienerth eine Regierungsvorlage über die Schaffung einer italienischen Rechtsfakultät an. Am 15. Dezember wurde das Standrecht in Prag wieder aufgehoben.

Mittlerweile hielt die Annexionskrise ganz Europa in Spannung. Am 16. und 17. Dezember sprach Graf Bienerth im Abgeordnetenhaus über die Annexion Bosniens und über die auswärtige Lage. Angesichts der großserbischen Agitation, sagte er unter anderem, „müßte ein entscheidender Schritt getan werden, um die Zukunft der Provinzen sicherzustellen und dieser Agitation den Boden entziehen. Wir wissen uns frei von jeder aggressiven Tendenz gegen wen immer.“ Der Ministerpräsident besprach hierauf die Provinzialverfassung für die beiden Länder und bat um Annahme der Dringlichkeit für die gesetzliche Genehmigung des Staatsaktes vom 5. Oktober 1908. Am 19. Dezember legte er dem Hause das handelspolitische Ermächtigungsgesetz vor. Dieses sowie das Budgetprovisorium wurden von beiden Häusern vor Jahres-schluß verabschiedet.

Am 23. Dezember wurde ein neuer Versuch einer deutsch-tschechischen Einigung gemacht. Die Deutschen forderten die Abänderung der Landesordnung und der Landtagswahlordnung, Bestimmungen bezüglich des Sprachgebrauches bei den autonomen und staatlichen Behörden, bezüglich der Rechtsverhältnisse der Minoritätsschulen, die nationale Sektionierung des Landesauschusses, die nationale Abgrenzung der Verwaltungsbezirke und die Errichtung von Kreisregierungen und Kreisvertretungen. Die Tschechen zeigten kein Entgegenkommen, so daß die Konferenzen völlig ergebnislos verliefen.

Die fortgesetzte Agitationstätigkeit der Tschechen in Wien und Niederösterreich, die letzten Endes darauf hinauslief, den rein deutschen Charakter der innerösterreichischen Kronländer zu untergraben, löste eine energische Gegenbewegung bei den Deutschen aus und veranlaßte den Ministerrat, am 30. Oktober 1909 zu beschließen, die von den Landtagen der innerösterreichischen Kronländer angenommenen nationalen Schutzgesetze der Allerhöchsten Sanction zu unterbreiten. Infolge dieses Beschlusses schieden die tschechischen Mitglieder des Kabinetts, Landsmannminister Jaczel und Ackerbauminister Bras aus dem Amte. Am folgenden Tage wurden die Schutzgesetze sanktioniert. Am 3. November kündigte die Vollversammlung aller tschechischen Parlamentarier in Prag den schärfsten Kampf gegen die Regierung an. Die Herbsttagung des Abgeordnetenhauses verlief demgemäß äußerst stürmisch. Vom 15. bis 19. Dezember mußte das Haus infolge der tschechischen Obstruktion eine 86 stündige Dauer-sitzung abhalten. Am 23. Dezember gelangte endlich das Budgetprovisorium mit 246 gegen 202 Stimmen zur Annahme.

Am 4. Februar 1910 trat der böhmische Landtag zusammen, der von den Deutschen sofort obstruiert wurde. Am Tage vorher hatten sämtliche tschechische Landtags-Abgeordnete eine Kundgebung erlassen, in der die Untheilbarkeit des Königreiches Böhmen neuerlich betont und die von der Regierung vorgelegten nationalen Ausgleichsvorlagen für unannehmbar erklärt wurden. Bereits am 8. Februar mußte der Landtag vertagt werden.

Als am 2. März das Abgeordnetenhaus wieder zusammentrat, erklärte Dr. Kramarz im Auftrage der slowakischen Union, daß diese ihre Stellung zur Regierung nicht ändern werde. Das Kabinett hatte im Abgeordnetenhaus wohl eine sichere, aber nur sehr knappe Majorität aus Deutschbürgerlichen, Polen, Uniofaner bestehend. Die Regierung konnte daher mit dem ersten Volks-hause nur mühselig weiter arbeiten. Trotzdem gelang es am 22. April, die Rüstungs-anleihe zur Annahme zu bringen, nachdem der Landesverteidigungsminister Georgi eindringlich darauf hingewiesen hatte, daß beim eventuellen Ausbruch eines Krieges ein Eingreifen neuer und viel mächtigerer Gegner nicht ausgeschlossen erscheine. Im Sommer 1910 stand die Frage der italienischen Rechtsfakultät im Vordergrund. Am 5. Juli mußte der Reichsrath infolge der Obstruktion der Slowenen jedoch neuerlich vertagt werden. Der Herbst des Jahres war hauptsächlich von der Delegationstagung ausgefüllt, die infolge der schwierigen auswärtigen Lage das allgemeine Interesse auf sich zog. Am 12. Dezember nahm das Kabinett Bienerth seine Entlassung, da der Polenklub auf der Durchführung des Wasserstrafengesetzes beharrte.

Nachdem das Abgeordnetenhaus eine Anleiheermächtigung bis 109 Millionen Kronen und die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Oesterreichisch-ungarischen Bank bis zum 15. Februar des nächsten Jahres angenommen hatte, wurde Graf Bienerth am 31. Dezember neuerlich mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut. In das Kabinett traten Graf Wickenburg als Minister des Innern, Sektionschef Dr. Mahler als Finanzminister, Abg. Dr. Glombinski als Eisenbahnminister, Baron Wittmann als Ackerbauminister, Sektionschef Marek als Arbeitsminister und Sektionschef Zaleski als Minister für Galizien ein. Graf Stürgkh, Dr. von Hohenburger, Dr. Weiskirchner und Georgi verblieben im Amte. Ein neuerlicher deutsch-tschechischer Ausgleichsversuch war am 2. Jänner gescheitert, worauf zwei Tage später Fürst Franz Thun zum Statthalter in Böhmen ernannt wurde. Am 10. Jänner nahm das Abgeordnetenhaus den Handelsvertrag mit Serbien an. Die am 7. Februar infolge von Streitigkeiten zwischen Slowenen und Tschechen erfolgte Auflösung der slowakischen Union führte keine Besserung der Situation im Parlamente herbei.

Als die neuerlichen Bemühungen, vom Hause die Bewilligung des Budgetprovisoriums zu erreichen, ganz aussichtslos geblieben waren, kündigte eine kaiserliche Entschlie-ßung am 27. März die Verlegung des Reichsrates für den 1. April und Neuwahlen für den Herbst an. Diese ergaben für die Christlichsozialen in Wien und für die Uniofaner in Galizien ein derart ungünstiges Ergebnis, daß Eisenbahnminister Dr. Glombinski und Handelsminister Dr. Weiskirchner aus dem Kabinett schieden. Am 26. Juni überreichte das Kabinett Bienerth seine Entlassung; sie wurde angenommen und Baron Gautschi zum Ministerpräsidenten ernannt.

Graf Bienerth wurde sodann als Nachfolger des Grafen Kielmannsegg zum Statthalter von Niederösterreich ernannt. Von dieser Stelle trat er im Laufe des Krieges aus Gesundheitsrücksichten zurück. Seine Erhebung in den Grafenstand erfolgte am 28. November 1915. Im Herren-hause gehörte Graf Bienerth der Mittelpartei an.

Graf Richard Bienerth-Schmerling hatte sich am 7. Jänner 1893 in Wien mit Anta v. Lazarovics de Naghet Kis-Szredistye vermählt. Der Ehe sind ein Sohn und eine Tochter entsprossen. Gräfin Anta Bienerth, die schon in Friedenszeiten eine rege humanitäre Tätigkeit entfaltet hatte, gründete bei Kriegsbeginn das „Schwarzgelbe Kreuz“, dessen segensreiches Wirken allgemein bekannt ist. Gräfin Anta Bienerth ist auch k. u. k. Palastdame.

### Die Krankengeschichte.

Von besonderer Seite erfahren wir über die Krankheit, die dem Leben des allbeliebten Staatsmannes ein so vorzeitiges Ende bereitet hat: Schon vor vielen Jahren war Graf Bienerth schwer krank, wenn auch sein gesundes Aussehen den großen Kreis seiner Freunde und Verehrer täuschte. Ueber die Natur seines Leidens waren sich auch hervorragende Aerzte anfangs nicht klar. Erst später ist erkannt und festgestellt worden, daß es sich um eine sehr bedeutende Erweiterung der Hauptschlagader (Aneurisma) handle. Mit dem Augenblicke der Erkenntnis von der Art der Erkrankung erschien auch dem ärztlichen Fachmann das